Nr. 8

Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia“
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.

Druck: „Graphia“, Karlsbad.



Sozialdemokratisches Wochenblatt

SONNTAG
6. August 1933

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . Kč 1.40
Monatlich . . „ 6.—
Vierteljährlich . „ 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . Kč 2.—
Monatlich . . . „ 8.—
Vierteljährlich . „ 24.—

Hitler und der Bolschewismus

Aus durchsichtigen Gründen lanciert das Hitlerregime die Meldung in die Welt, daß in Deutschland eine riesige unterirdische Arbeit der Kommunisten begonnen hätte. Man spricht von tausenden geheimen Versammlungen und Millionen Flugblättern. Alle NSDAP-Organisationen wurden eingesetzt, um die Bewegung zu ersticken. In Wirklichkeit ist es die gewaltig zunehmende Ablehnung des Hitlerregimes im ganzen Volk einschließlich der eigenen Anhänger, die in Berlin eine gesteigerte Nervosität hervorruft. Um das Bürgertum bei der Stange zu halten und um im Ausland Stimmung für sich zu machen, schwenkt Hitler den bolschewistischen Popanz. Ein Teil der Auslandspresse ist schon auf dieses Manöver hereingefallen.

In Deutschland herrscht der Bolschewismus des Kapitals. Alles, was uns deutschen Sozialdemokraten am russischen Bolschewismus wert schien, bekämpft zu werden, steht in höchster Blüte. Wie in Rußland, gibt es auch in Deutschland keine frei gewählte Volksvertretung mehr, keine politische Gleichberechtigung, keine unparteiische Justiz, keine Rede-, keine Presse-, keine Versammlungsfreiheit. Die menschliche Einzelperson, ihre Freiheit und ihr Leben gelten nichts. Blutiger Terror regiert. Er regiert so gründlich, daß an seinen Leistungen gemessen, alles, was sich deutsche Spießbürger über wirkliche oder angebliche Schandtaten des Max Hölz oder des Bela Khun erzählten, harmlos erscheint.

In allen seinen Methoden ist das Hitlerregiment mehr als bolschewistisch. Um so grotesker erscheint sein Anspruch, Deutschland und die Welt gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Was ist denn das eigentlich, was da verteidigt werden soll?

Manche könnten vielleicht meinen, es sei der nationale Gedanke, der hier gegen den internationalen Geist zum Entscheidungskampf antrete. Aber das ist sicherlich falsch. Denn was immer man dem Bolschewismus vorwerfen darf, antinational und antimilitaristisch ist er ganz gewiß nicht!

Oder liegt der Unterschied etwa darin, daß der Nationalsozialismus im Gegensatz zum Bolschewismus das Privateigentum respektiert? Auch das kann es nicht sein. Hat nicht der Nationalsozialismus Häuser, Maschinen, Grundstücke, nebst allem, was dazu gehört, rücksichtslos ihren Besitzern weggenommen, ohne sich im mindesten um das bürgerliche Recht zu kümmern? Nein, auch in der grundsätzlichen Stellung zum Privateigentum kann der Unterschied nicht liegen.

Was verteidigt also Hitler gegen den Bolschewismus? Nicht das Menschenrecht der freien Persönlichkeit, nicht die tausendjährigen hohen Güter der Kultur, nicht die Rede-, die Presse-, die Vereinigungsfreiheit, nicht den nationalen Gedanken und nicht einmal, als Ganzes genommen, das Privateigentum.

Was er gegen den Bolschewismus verteidigt ist einzig und allein das Privateigentum der besitzenden Klassen. Und hier erst liegt der wirkliche Unterschied zwischen den beiden Systemen. Während der Bolschewismus in Rußland die privilegierte Stellung der vormals herrschenden Klassen und diese selbst vernichtet hat, sieht die Hitlerregierung ihre Aufgabe darin, Junker und Großbürger in die Herrschaft zurückzuführen, aus der sie die deutsche Arbeiterklasse verdrängt hatte.

Der Bolschewismus hat die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten in Rußland vernichtet. Wer macht ihm einen Vorwurf daraus? Nicht die Arbeiter, sondern nur die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer der übrigen Welt. Was ihm die Arbeiter vorwerfen, ist etwas ganz anderes, nämlich, daß er ihnen nicht die Freiheit gegeben hat, die er ihnen versprochen hatte. Aber hat etwa Hitler ihnen diese Freiheit gegeben? Hat er sie ihnen nicht vielmehr genommen?

In Deutschland ist heute alles, was vordem wert war, gegen den Bolschewismus verteidigt zu werden, restlos bolschewisiert. Das ist das Werk der Nationalsozialisten. Sie haben dem deutschen Volk nichts von den Bedrängnissen erspart, die es unter der schlimmsten bolschewistischen Schreckensherrschaft hätte erleiden können. Sie haben auf diese Weise für die Kapitalistenklasse eine Schlacht gewonnen. Aber nicht allein gegen den Bolschewismus und die KPD., sondern gegen die ganze Arbeiterklasse und gegen den großen Gedanken des demokratischen Sozialismus.

Als der Kapp-Putsch in den letzten Zügen lag, erfand der Generalstab dieser Putsch-Regierung als letzte Lüge die Nachricht von einer bolschewistischen Armee, die vom Norden Berlins her nach dem Stadtzentrum marschieren sollte. Die Putschisten hofften mit dieser Angstparole das Bürgertum noch einmal sammeln und ihre Herrschaft verlängern zu können.

Nach derselben Methode arbeitet auch jetzt die nationalsozialistische Propaganda. Sie tut so, als gäbe es auf der ganzen Welt keine andere Gefahr als die des Bolschewismus, und als hätte das dritte Reich keinen anderen Gegner als die kommunistische Partei. Sie spekuliert darauf, daß die enttäuschten Mittelklassen sich trotz alledem geduldig der Mißwirtschaft Hitlers fügen werden, wenn keine andere Kraft der Ablösung zu sehen ist als die des Bolschewismus.

Durch die Behauptung, es gäbe zwischen ihm und dem Bolschewismus kein Drittes mehr, glaubt der Nationalsozialismus seine Herrschaft verewigen zu können. Um so notwendiger ist es, dieser Behauptung entgegenzutreten und sie zu widerlegen. Zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus gibt es ein Drittes, und das ist der demokratische Sozialismus, für den die große Mehrheit der Arbeiterklasse Europas mit leidenschaftlicher Ueberzeugung kämpft.

Die Vernichtung des Kapitalismus ist auch unser Ziel. Wir wollen sie, um durch sie die Freiheit des arbeitenden Volkes zu verwirklichen, die im bolschewistischen Rußland noch nicht erreicht ist und die mit den Methoden, die dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus gemeinsam sind, auch nicht erreicht werden kann.

Wir wissen genau, daß der Weg, der aus der Hölle des dritten Reichs in das Reich sozialistischer Freiheit führt, nicht mit Rosen und nicht mit Friedenspalmen bestreut ist. Es wird ein harter, blutiger Weg sein. Gewalt wird gegen Gewalt stehen. Menschenrechte wird es erst wieder geben dürfen, wenn es keine Bestien in Menschengestalt mehr geben wird, die sie schändlich mißbrauchen. Die Herrschaft der besitzenden Klassen, die der Faschismus in ihrer brutalsten Form wieder aufgerichtet hat, wird mit den brutalsten Mitteln zerschlagen werden müssen und so gründlich, daß keine Spur mehr von ihr übrig bleibt.

Wenn aber dieses Werk getan ist, dann wird auch der Tag kommen, an dem die Gewaltherrschaft in jeder Form verschwindet und sich der Weg öffnet, der ins Freie führt.

Hindenburg wollte Löbe befreien?

Ein aufsehenerregender Brief Hindenburgs an Frau Löbe

Paul Löbe, der ehemalige Reichstagspräsident, in dessen Hände der Reichspräsident Hindenburg den Eid abgelegt hat, die Verfassung zu achten und zu schützen, sitzt in Schutzhaft. Nun hat sich Frau Löbe an Hindenburg um Hilfe gewendet und von ihm die Antwort erhalten, daß er

die Verhaftung ihres Mannes außerordentlich bedaure. Sie möge versichert sein, daß er nach wie vor an der Lauterkeit Löbes keinerlei Zweifel hege. Er habe sich mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt, um die Enthaftung ihres Mannes zu erwirken.

So weit der Brief, wie ihn ein bürgerliches Blatt wiedergibt. Der Brief ist bereits vor 14 Tagen geschrieben worden, aber die Tatsache, daß Paul Löbe nach wie vor in der Gefängniszelle sitzt, beweist deutlich, daß die Hitler und Göring auf die Intervention des Reichspräsidenten einfach gepfiffen haben. Und diesen Gesellen haben Hindenburg senior und Hindenburg junior die Macht in die Hände gespielt.

Ein Rechtsstaat? Ein Räuberstaat, in dem selbst das höchste Oberhaupt des Staates nichts mehr zu sagen hat. Es fehlt nur noch, daß man für die Enthaftung unschuldiger Menschen Lösegeld nimmt.

Wir buchen auch diese Schande für den Tag der Abrechnung.



Der Herrscher des Dritten Reichs

Deutschtum und Drittes Reich

Von Dr. Karl **Renner**, Wien.

Wir entnehmen diesen ausgezeichneten Artikel der Wiener Arbeiter-Zeitung.

Bewohner deutscher Zunge gibt es in Frankreich von Elsaß und Lothringen, in Luxemburg, in Belgien von Eupen und Malmedy, in Dänemark des Grenzstrichs in Jütland, in Polen von Oberschlesien, Posen und Westpreußen, in der Tschechoslowakei von Böhmen, Mähren und Schlesien, in Ungarn verschiedener Sprachinseln, in Rumänien von Banat und Siebenbürgen, in Jugoslawien von Untersteiermark, der Gottschee und der Bacska, in Italien von Südtirol. Die deutsche Schweiz und Liechtenstein blieben hier außer Betracht.

Diese Aufzählung zeigt uns einen geschlossenen Kranz deutscher Siedlungen, der sich rings um das Reich legt, sie verrät uns den gewaltigen Volksbestand, um den es sich handelt; es sind gut neun bis zehn Millionen Deutsche — ohne Saar, Danzig, Memel und Oesterreich! Die ganze schmerzensreiche Geschichte der deutschen Nation, die an jene Polens erinnert, spricht aus dieser Aufzählung. Die Geschichte berichtet uns von einer ersten, zweiten und dritten Teilung Polens; die erste Teilung der deutschen Erde fand nach dem Dreißigjährigen Kriege statt, als man im Westfälischen Frieden die Schweiz und die Niederlande, die inzwischen selbständige Staaten geworden sind, vom Reiche trennte. Die zweite Teilung brachte der Weltkrieg mit der Ablösung vieler Randgebiete und dem Anschlußverbot an Oesterreich. Die Außenpolitik der deutschen Nation erfordert wahrhaftig höchste Sorgfalt, damit nicht eine dritte folge; die Lärmtrommel der Hitlerei ist ganz danach angetan, sie uns zu bescheren. Die Politik der Nation verlangt vor allem sorgfältigste Rücksicht auf die ökonomischen und politischen Daseinsinteressen dieser Minderheiten, auf daß sie die Lebensnot nicht zwinge, in den Fremdvölkern aufzugehen! Nichts leichter, als sie durch chauvinistische Mauldrescherei aufzupeitschen, schwerer ist es, ihr Dasein zu sichern.

•

Dieses Auslanddeutschtum ist für das Mutterland von allergrößter Wichtigkeit. Daß sie Außenposten sind, hat neben seinen Nachteilen auch seinen Nutzen! Denn sie sind für die wirtschaftliche und kulturelle Geltung Deutschlands in Europa beinahe entscheidend! Sie sind Träger der ökonomischen Außenbeziehungen Deutschlands und die Vermittler deutscher Kultur an alle Völker.

Es liegt nun auf der Hand, daß demokratische Staatseinrichtungen, staatsbürgerliche Freiheitsrechte, nationale Selbstverwaltung in den Staaten, wo sie wohnen, die Voraussetzung des Fortbestandes dieser deutschen Minderheiten sind. Folgen die Nachbarstaaten dem gegebenen Beispiel „nationaler Gleichschaltung" und Aufhebung aller demokratischen Garantien, so sind diese Minderheiten verloren! Siehe Südtirol! Die Hitlerei droht zum Grabe dieses Auslanddeutschtums zu werden! Schon erheben sich in diesem Kreise ringsherum die Stimmen der Sorge, des Widerspruches, der Ablehnung: es kann nicht lange dauern, bis der lähmende Bann erschlichener und erpreßter Triumphe des Nationalsozialismus im Reiche von der Nation abfällt und ihr klar wird, daß diese Richtung nicht der Retter, sondern der Verderber des Deutschtums ist!

•

Zu den beiden Gruppen von Auslanddeutschen, die bisher vorgeführt sind, kommen noch die vielen Millionen Deutscher, die nicht in geschlossener Siedlung, nicht dem Mutterland nahe, in Verstreuung in der Welt leben und wirken. Ihnen können wir jene, die deutsche Reichsangehörige sind, jedoch aus Erwerbsgründen im Ausland tätig sind, zuzählen.

Von allen kontinentalen Nationen weisen wohl die Deutschen — über die Absonderung in die aufgezählten Staats- und Minderheitsgebiete hinaus — die größte absolute und neben den Juden die größte relative Verstreuung in der Welt auf. Die Stellung, die Deutschland vor dem Kriege in der Weltwirtschaft errungen hatte, war vor allem durch dieses Deutschtum getragen. Begleitumstände und Ausgang des Weltkrieges haben Ansehen und Geltung dieses Teiles der Nation zum erstenmal schwer beeinträchtigt, der sogenannte „nationale Aufbruch" des Mutterlandes kann seinen Zusammenbruch mit sich bringen. Diese Deutschen leben entweder in gefestigten Demokratien, denen das vermeintliche Heldentum des März 1933 im besten Falle als barbarische Reaktion erscheint, oder unter Völkern, die eben nach demokratischer Freiheit ringen und deshalb Völker, die die einmal errungene Freiheit nicht zu schätzen und zu behaupten verstehen, geringschätzen müssen. Diesen Deutschen ist natürlich ein starkes, auf Freiheit und Menschlichkeit, auf Selbstbestimmung des einzelnen wie der Nation beruhendes Reich, ein vorbildliches Reich materieller und geistiger Kultur unter den Fremden persönliche Stütze, Hilfe und berechtigter Stolz: dieses Dritte Reich jedoch, das aus dem Märzverbrechen geboren ist, das die Unfreiheit des Geistes und die physische Gewalt zu seinem Daseinsgesetz gemacht hat, bringt jedem einzelnen von ihnen den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und moralischen Boykott — außer um den Preis der Verleugnung der Methoden seines Mutterlandes. Die Gleichschaltung der Deutschen daheim droht ihre Ausschaltung in der Fremde!

•

Nicht ohne Grund hat man nach dem Märzverbrechen gesagt: Jetzt hat Deutschland das Elsaß zum drittenmal verloren! Ebenso muß man feststellen: das Auslanddeutschtum hat den Weltkrieg zum zweitenmal verloren! Die Folgen auf die wirtschaftliche und geistige Weltstellung des Deutschen Reiches sind unabsehbar!

Es ist die sittliche, es ist die nationale Pflicht jedes Auslanddeutschen, dies dem Muttervolk im Reich zum Bewußtsein zu bringen — trotz der Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen. Die Metternichsche geistige Absperrung Oesterreichs von Deutschland im Vormärz war ja eine papierdünne Wand gegen die chinesische Mauer, die Hitler durch die Knebelung von Wort und Schrift um das Reich gezogen hat: er hat das Reichsvolk in der Meinung, es mit wahrem Nationalgefühl auszurüsten, wahrhaftig in ein geistiges Ghetto gesperrt, durch den Blutmythos von einer rassischen Auserlesenheit des Volkes, durch den makkabäischen Mythos einer eingeborenen Helden- und Sieghaftigkeit der Rasse mit einer neuartigen Ghetto-Ideologie erfüllt. Erliegt es dieser geistigen Verseuchung, so geht es Gefahren entgegen, die heute noch unvorstellbar sind und besser unausgesprochen bleiben: man kann die deutsche Sache in der Welt nur retten, indem man sie von der Hitlerei freimacht und freihält!

Landesvater Hindenburg

Wegen einer abgesägten Eiche läßt er Tausende drei Tage hungern

Schon einmal sind wir der unhaltbaren Auffassung entgegengetreten, als ob Hindenburg wegen Abnahme seiner geistigen Kräfte für die Vorgänge in Deutschland nicht mehr verantwortlich gemacht werden könne. Wir haben am Fall **Ebert** gezeigt, daß es in Deutschland Dinge gibt, deren Bedeutung jedem vierjährigen Kinde und jedem hundertjährigen Greise klar werden muß. Ein neuer Fall dieser Art liegt jetzt vor. Wegen Absägung einer sogenannten **Hindenburg-Eiche**, die Adolf Hitler am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld gepflanzt hat, ist sämtlichen kommunistischen Schutzhäftlingen für drei Tage die Mittagsmahlzeit entzogen worden und den Häftlingen ist „diese Maßnahme im Hinblick auf den an der Hindenburg-Eiche verübten Frevel eröffnet" worden. Durch WTB., TU. und Conti hat man dann der ganzen Welt diesen Vorgang mitgeteilt. Man rühmt sich seiner noch! Und nun soll noch einer sagen, daß es in Deutschland Greuel gibt!

Hindenburg aber hat es geschehen lassen, daß wegen eines gleichgültigen nach ihm benannten Bäumchens Tausende unschuldig eingekerkerte Menschen in barbarischer Weise zum Hungern verurteilt werden. Auch wenn sein Verstand noch so sehr geschwächt ist, muß er immer noch begreifen können, daß man durch solche Bestialitäten nicht nur Verzweiflungsausbrüche geradezu provoziert, sondern **jede** Art und jeden Akt der Gegenwehr moralisch rechtfertigt. Die Absägung eines Baumes kann der Ehre eines Menschen keinen Eintrag tun. Aber das Hungerdiktat über wehrlose und schuldlose Gefangene **schändet** den, in dessen Namen es verhängt wird, für alle Zeiten. Es ist freilich nicht die einzige Schande und nicht die größte. Es kommt auch gar nicht darauf an, wann die Hindenburgeichen in Deutschland abgeschnitten werden. In einem freien Deutschland wird dergleichen nicht mehr zu finden sein.

Sechs Monate

Deutschland unter Hitlers Herrschaft

Am 30. Juli war ein halbes Jahr vergangen, seit Adolf Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler. Die deutsche Presse hatte den Auftrag, dieses Tages festlich zu gedenken, und es versteht sich von selbst, daß sie sich dieser Aufgabe gehorsam entledigte. Dennoch war nicht alles auf den gleichen Jubelton gestimmt. Manche Blätter haben zwischen einer Unzahl von Komplimenten für die neuen Herren und verzückten Augenverdrehungen den Versuch gewagt, einiges vorzubringen, was dem geschärften Ohr des gleichgeschalteten Publikums beinahe schon wie ein Ansatz zu vorsichtiger Kritik klingen mag.

Wie so etwas gemacht wird, zu beobachten, ist ergötzlich genug. Beispielsweise bringt die „Vossische Zeitung" einen Leitartikel von mehreren Spalten über die Verdienste des neuen Kurses, wobei die gänzliche Abkehr von jeder Art von Sozialismus als besonders verdienstvoll gepriesen wird, um dann folgendermaßen fortzufahren:

„Große Aufgaben harren noch der Lösung. Die **außenpolitische** Lage, die durch die Annäherung Frankreichs an Rußland, durch die Sicherung Polens, durch die sich anbahnende *Ueberbrückung der französsich-italienischen Gegensätze*, durch angestrebte Zusammenarbeit der beiden Nationen in bezug auf den ganzen Südosten geschaffen worden ist, diese ganze Situation stellt bei dem Desinteressement Amerikas und der Haltung **Englands** zweifellos noch hohe Anforderungen an die Staatsführung."

Aus der Sprache des Sklaven in die des freien Mannes übersetzt, heißt das, daß die Leistungen des Systems auf dem Gebiet der Außenpolitik hundertprozentig negativ sind, daß Deutschland die letzten Freundschaften, die es noch besaß, einschließlich der italienischen, verloren hat, und daß die Isolierung vollständig ist. Gleich darauf geht es dann so weiter:

„Die verfassungsmäßige Untermauerung der legalen Diktatur auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, die Ersetzung des zerschlagenen Parlamentarismus durch einen **besseren Staatsaufbau** wird eine anstrengende Arbeit für Monate, wenn nicht **für Jahre** bedeuten."

Was ist das nun anderes als das Eingeständnis, daß der Nationalsozialismus zwar die demokratische Republik in Trümmer geschlagen hat, den besseren Staatsaufbau aber, den er versprochen hatte, bisher schuldig geblieben ist?!

Das ist das Maximum dessen, was heute in Deutschland an Kritik möglich ist, und wahrscheinlich hat sich der Schreiber auch als Held gefühlt, als er diese Zeilen niederschrieb. Er hat sie freilich in einem endlosen Schleim ekelhaftester Kriecherei einwickeln müssen.

Schließlich ist diese Art, wie die sechsmonatige Dauer der Hitlerherrschaft gefeiert wird, die furchtbarste Kritik, die an diesem System geübt werden kann. Niemand darf mehr in Deutschland die Wahrheit sagen, weil die Wahrheit für die Herrschenden völlig unerträglich ist. Es gibt in diesem Lande jetzt, wie es bei Uhland heißt, „Seufzer nur und Tränen und scheuer Sklaven Tritt". Und der Rachegeist, der das alles zu Schutt und Moder zertritt, wird auch nicht ausbleiben!

Der billige Jakob

In zwei Jahren keine Arbeitslosigkeit mehr — sagt Ley.

Hitler hat versprochen, daß die Arbeitslosigkeit in **vier** Jahren beseitigt sein solle. **Ley** — verspricht viel mehr. Bei der Einweihung der thüringischen Landesführerschule der Nazis hielt er eine Rede, in der er sagte:

„Die **materielle** Not meistern wir **spielend**, wenn wir die **seelische** meistern. Ich sehe mit **ungeheueren Hoffnungen** in die Zukunft. Wir werden die Erwerbslosigkeit meistern und all das Elend und die Not. Ich glaube, daß es in dem nächsten Jahr nicht mehr Arbeitslosigkeit geben wird, als in den normalen Zeiten vor dem Kriege, und daß wir **in zwei Jahren nicht so viele Menschen** in Deutschland haben, um alle vorhandene Arbeit leisten zu können."

Natürlich lügt Ley noch mehr als Hitler. Die Arbeitslosigkeit Deutschlands sinkt nur auf dem **Papier**. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen **größer** als im Vorjahre. Geringer ist nur die Zahl der **Unterstützungsempfänger**.

Die Meldungen über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in **Ostpreußen** sind ein offenkundiger **Schwindel**. Die beiden industriellen Großstädte Königsberg und Elbing haben noch dieselbe Arbeitslosigkeit wie im Vorjahre. Daß in den **ländlichen** Gegenden die Arbeitslosigkeit in der Zeit der Ernte geringer ist als im Winter, ist eine Selbstverständlichkeit. Das ist immer so gewesen und ist in diesem Jahre durch die Verhinderung des Zuzugs von polnischen Wanderarbeitern noch erleichtert worden. Die meisten in Arbeit gebrachten Landarbeiter werden übrigens nicht von den Großgrundbesitzern, sondern als „Landhelfer" aus der Reichskasse bezahlt. Nach der Ernte fliegen sie wieder auf die Straße. Aber dann hat das Schlagwort von der Befreiung Ostpreußens von der Arbeitslosigkeit als nationalsozialistische Zwecklüge auch seine Schuldigkeit getan.

Wie sie Arbeitergelder stehlen

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung der Geheimen Staatspolizei, nach der die Forderung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen die Konzentration, Aktiengesellschaft sozialdemokratischer Druckerei- und Verlagsbetriebe Berlin in Höhe von 9,517.125.55 Reichsmark für den preußischen Staat eingezogen werde. Dasselbe sei mit den 500 Inhaberaktien im Werte von je 500 Reichsmark der Konzentration geschehen.

Kein Kapitalist ist bisher in Deutschland enteignet worden. Die braunen Banden bestehlen nur Arbeiter und ihre Organisationen. Aber **noch ist das letzte Wort** wegen des Diebstahls an dem Eigentum der Sozialdemokratischen Partei **nicht gesprochen**.

Der »Völkische Beobachter« lügt

Genosse Breitscheid schreibt uns:

Der „Völkische Beobachter" behauptet jetzt bereits zum zweiten Male, ich hätte mich beim französischen Außenministerium um einen Posten beworben, sei aber abgeblitzt.

Ich stelle fest, daß das Naziblatt eine ebenso groteske wie infame Lüge verbreitet. Niemals habe ich mich um eine Anstellung im französischen Dienst bemüht. Meine Korrespondenz mit dem Pressechef des französischen Außenministeriums, des mir aus seiner Tätigkeit als Leiter der Informationsabteilung des Völkerbundes bekannten Herrn Comert — eine Korrespondenz, auf die der „Völkische Beobachter" anspielt — bezog sich auf die Frage, ob seiner Meinung nach in Frankreich eine private Existenzmöglichkeit für mich vorhanden sei. Außerdem bat ich Herrn Comert, sich wegen der Erteilung eines Visums für einige deutsche Flüchtlinge zu bemühen.

Dr. Rud. Breitscheid.

Der Kampf um die Kanzeln

Ein Generalsuperintendent schreit auf — Vor Rom kuscht man

Ein Entrüstungsschrei entringt sich den deutschen Rotationsmaschinen, am lautesten stöhnt der „Völkische Beobachter". Der beurlaubte Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dibelius, hat es gewagt, die Kirche St. Nicolai in Potsdam zu einer „unerhörten Kampfansage gegen die Regierung" zu benützen. Er machte der Regierung den Vorwurf, sie unterdrückte die Kirche, erklärte die Regierungsführung für unreif, behauptete, die Regierung wolle Christus seiner Göttlichkeit entkleiden und sehe ihn lediglich als zeitgebundenen Höhepunkt des nordischen Rassenmenschen an. Die Kirche kenne nicht den Begriff „Nation", sie sei für alle Völker da.

Diese Verkündigung der Wahrheit aus christlichem Mund nennt der „Völkische Beobachter" einen „unerhörten Mißbrauch der Kirche", und der Ortsgruppenleiter der „Deutschen Christen" zu Potsdam, Gostomski, nimmt besonders Aergernis daran, daß Dibelius als Kronzeugen den Geist Martin Luthers beschworen hat. „Luther lebte zwar in seiner Zeit und kann nur in der Gebundenheit seiner Zeit beurteilt werden... aber heute, nachdem Jahrhunderte nach ihm vergangen sind, würde er zweifellos anders werden".

Sie machen sichs bequem. „Luther wäre anders geworden". Woher weiß das ausgerechnet Herr Gostomski in Potsdam? Die Geschichte verzeichnet nur, daß der Anschlag der 95 Thesen an der Schloßkirchentür zu Wittenberg vor nunmehr vierhundertsechzehn Jahren von den geistlichen und weltlichen Machthabern des damaligen Deutschland gleichfalls als „unerhörter Mißbrauch der Kirche" empfunden wurde, und daß seither die Auflehnung des jungen Mönches Martin Luther gegen Gewissenszwang und despotischen Machthunger als weltgeschichtliche Tat gefeiert wurde.

Gewissenszwang — wann wurde er je brutaler und ausschließlicher geübt als heute im dritten Reich? Die Schandtaten der Geistestöter stehen seit dem Mittelalter einzig da, sind vielleicht nur den sadistischen Greueln der spanischen Inquisition vergleichbar, die Juden, Marranen, Abtrünnige und Mißliebige ohne Verfahren zu hunderten und tausenden auf den Scheiterhaufen schickte. Wenn einer heute gegen den neudeutschen Inquisitor aufsteht, so hallt das „kreuziget!" durchs Land.

Die Tapferkeit der Generalsuperintendenten Dibelius in allen Ehren — nur kommt der Widerstandsversuch der evangelischen Kirche gegen das auferstandene Mittelalter reichlich spät. Hätte Dibelius, hätten seine Glaubensgenossen auf den Kanzeln ihre Stimmen ein paar Jahre früher erhoben, anstatt auf „gottlose" Proletarier, auf diese ärmsten ihrer Brüder Jagd zu machen, so wäre dem deutschen Land vielleicht viel Schuld und Blut erspart geblieben.

Papst und Hitler

Zurück bis zu Eugen IV.

Die katholischen Organe Roms haben von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht das Zustandekommen des Reichskonkordats als einen ungeheuren Erfolg der Kirche gefeiert. Die Bedeutung dieses Konkordats, so war dort zu lesen, sei gewaltig, wenn man bedenke, daß man bis zu Papst Eugen IV., d. h. ein Jahrhundert vor der Reformation, zurückgreifen müsse, um ein ähnliches Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl zu finden. Die katholische Kirche rühmt sich damit selbst, in Hitler-Deutschland jene Machtstellung wieder erobert zu haben, die sie im Mittelalter inne hatte. Daß diese Machteroberung auf Kosten jener sittlichen Grundsätze ging, die viele Leute für die christlichen halten, brauchte ja nicht gleich dazu gesagt werden.

Inzwischen hat aber doch die pöbelhafte Art, in der sich die Hitlerregierung ihrer intimen Beziehungen zum Heiligen Stuhl rühmte, in Rom peinliche Gefühle erweckt. Und so hat der „Osservatore Romano", das amtliche Blatt des Vatikans, einige süß-saure Artikel veröffentlicht, in denen zwar die Verhandlungserfolge der Kirche nochmals unterstrichen werden, aber doch zum Schluß scharfe Verwahrung gegen die Behauptung der Hitlerregierung eingelegt wird, der Abschluß des Konkordats bedeute eine Anerkennung der nationalsozialistischen Bewegung. Dagegen betont das päpstliche Blatt, das Konkordat sei mit dem Deutschen Reich als solchem abgeschlossen und habe nur den Zweck, die Rechte und Freiheiten der Kirche (lies: ihr Vermögen) zu sichern. Von jeder Erwägung oder jedem Werturteil anderer Natur sei abgesehen worden.

Gegen diesen Artikel des vatikanischen Amtsblattes veröffentlicht die gleichgeschaltete deutsche Presse eine klobige Entgegnung, natürlich ohne daß die Leser zuvor die Ausführungen des römischen Blattes selbst vorgesetzt erhalten hätten. Immerhin können sie dieser Polemik entnehmen, daß jetzt schon über die Auslegung der getroffenen Abmachungen zwischen Berlin und dem Vatikan die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Schon die Behauptung, das kirchliche Recht sei die Grundlage des Konkordats, wird als „erstaunlich" zurückgewiesen. Das gerade Gegenteil davon wird für richtig erklärt. Nicht minder scharf wird gegen die Behauptung polemisiert, die Erziehung zur Vaterlandsliebe solle „nach den Geboten Jesu Christi" geregelt werden. Weiter wird eine römische Aeußerung bemängelt, nach der das Verbot der politischen Betätigung der Geistlichen nur „auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse, wie im Hinblick auf die im Reichskonkordat geschaffenen Sicherungen" erlassen worden sei. Dagegen wird erklärt, daß das ganze Konkordat auffliegen würde, wenn der Papst den Geistlichen die verbotene politische Betätigung wieder erlauben wollte. Zum Schluß beharrt der Berliner Artikelschreiber dabei, daß der Vertragsabschluß „die tatsächliche und rechtliche Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung bedeutet".

Das ist aber gerade das, was das päpstliche Blatt um keinen Preis der Welt wahrhaben möchte. Wohl freut es sich, der dem plumpen deutschen Faschismus abgelisteten Machtvorteile. Aber moralisch kompromittieren möchte es sich mit ihm nicht!

Die Christen von Schießwerder

Auf einer Kundgebung der „Deutschen Christen" in Schießwerder verkündete der nationalsozialistische Pfarrer Peter folgendes Evangelium:

> „Man muß innerhalb des Kirchenvolkes die vier Geheimnisse des deutschen Volkes achten: das Geheimnis des Blutes, das Geheimnis der Sprache, das Geheimnis der gemeinsamen Geschichte und das Geheimnis des Bodens."

Da hat sich dieser Gottesmann in der Tat mit einem geheimnisvollen Dreh um alles herumgewunden, was mit Christentum auch nur entfernt verwandt ist. Eines aber ist sicher; wenn die zweifelhaften Geheimnisse vom arischen Blut und vom ostelbischen Boden längst gelöst sein werden, dann wird immer noch das eine große Geheimnis bestehen bleiben: wie die Apostel des Nationalsozialismus, dieser Lehre von Mord, Haß, Meineid und Gemeinheit, es jemals wagen konnten, sich Christen zu nennen.

Uebrigens scheint auch vielen evangelisch-lutherischen Kirchenmitgliedern die Schändung ihres Glaubens nachgerade zu bunt zu werden. Die gleichgeschalteten „Breslauer Neuesten Nachrichten" fühlen sich veranlaßt, folgenden Notschrei auszustoßen:

> „Angesichts des klaren kirchlichen Aufbauwillens der „Deutschen Christen" werden die mancherlei dunklen Verdächtigungsversuche, die sich in den — typisch — anonymen Massenzuschriften an die Pfarrer in diesen Tagen äußern, Stück für Stück zurückweichen und wie Seifenblasen zerplatzen."

Wenn schon die deutsche Presse, der doch eigentlich die Aufgabe zufällt, die unerschütterliche Einigkeit glaubhaft zu machen, mit der angeblich ganz Deutschland hinter dem Hakenkreuz marschiert, wenn schon diese verlogene, schönfärbende Presse Massenschmähschriften an die Pfarrer zugibt — wie hoch müssen dann die Wogen der Entrüstung im kirchlichen Lager schlagen!

Das evangelische Kirchenvolk trägt schwere Mitschuld am Emporwachsen der braunen Mörderpartei in Deutschland. Das evangelische Kirchenvolk hat sich selbst dem Hakenkreuzteufel verschrieben — jetzt wundert es sich, daß dieser Teufel die christliche Seele frißt.

Christus - ein SA-Führer?

Bitte, das ist keine Blasphemie, und wenn es eine ist, so kommt sie nicht von uns. In einem Aufruf der „Deutschen Christen" (Hitler-Richtung) zu den Kirchenwahlen, heißt es wörtlich:

> Die „Deutschen Christen" sind die SA. Jesu Christi im Kampf zur Vernichtung der leiblichen, sozialen und geistlichgn Not.

Die Lehre des Nazareners gipfelte in dem Satze „Liebet eure Feinde". Und da bekanntlich niemand auf der Welt so im Sinne dieser Lehre lebt wie die braune Horde mit ihren Folterhöhlen und Martermethoden, was alle politischen Gegner Hitlers jederzeit bezeugen, so haben die „Deutschen Christen" keineswegs eine Blasphemie begangen, indem sie sich als die „SA. Jesu Christi" bezeichneten..

Verbrennen!

Aus einem Buchhändlerinserat im dritten Reich:

> Prof. Dr. Suchenwirth
> 12 Schicksalsgestalten der deutschen Geschichte
> 80 Seiten, Steifdeckel 1.40
> Karl der Große, Otto d. Große, Heinrich IV., Friedrich Barbarossa, Rudolf von Habsburg, Martin Luther, Prinz Eugen von Savoyen, Friedrich d. Große, Maria Theresia, Metternich, Bismarck und Hitler.

Warum, so fragen wir, wird dieses Buch nicht verbrannt? Einmal hätte Hitler selbstverständlich an erste Stelle gehört. Auf die Zeitrechnung kommts dabei nicht an, denn die läuft in Deutschland ohnehin rückwärts und ist längst übers Mittelalter hinausgeschossen. Zweitens befinden sich auf der Liste außer Hitler noch einige Oesterreicher — und Oesterreich ist bekanntlich jetzt der Erbfeind. Drittens wagt der Autor eine Frau mit unter die Schicksalsgestalten zu rechnen. Frauen aber gelten im dritten Reich als minderwertig und haben — ob sie Hitlerike oder Maria Theresia heißen — in der Politik nichts zu suchen.

„Der Kronprinz steht vor Dir!"

Im dritten Reich untersteht nicht bloß die Presse, sondern auch die gesamte literarische Produktion der allerstrengsten Zensur. Da jeder Verleger riskiert, in des Teufels Küche zu kommen, wenn er ein Buch mit mißliebigem Text oder von einem mißliebigen Verfasser verlegt, stockt die gesamte Bückerproduktion. Es gibt aber immer noch einige anspruchslose Blüten, die neben der offiziellen NSDAP.-Literatur Wurzel fassen dürften. So empfiehlt die „Deutsche Zeitung" ein neues Buch mit dem vielversprechenden Titel

„Der Kronprinz steht vor Dir".

In der Anpreisung wird gesagt:

> „In diesem ausgezeichneten Werkchen hat der Verfasser das Leben des Kronprinzen Wilhelm behandelt. Bedeutungsvolle charakteristische Begebenheiten, ernste und heitere, sind in flüssiger Form mit tiefem persönlichen Empfinden geschildert. Jeder, der die größte Zeit unserer Geschichte miterlebt hat, und der auf die Männer der Gegenwart für ihre jeden Vergleich entbehrende Aufbauarbeit sieht, wird auch von der lebenswarmen Art und dem ehrlich ringenden Willen des Kronprinzen in diesem Buch tief berührt sein."

Wenn nicht schon das meisterhafte Deutsch dieser Ankündigung reizt, das Werk selbst kennen zu lernen, der wird durch die Verheißung von acht Bildern, zum Teil aus jüngster Zeit, sicher für die gute Sache gewonnen werden.

Und sowas duldet die Geheime Staatspolizei? Dreht sich die Wetterfahne gar schon nach diesem Wind?

Den Hebel herum!

An der Maschine gesungen.

Neun Stunden am Tag den gleichen Griff,
neun Stunden mit hungrigem Magen,
neun Stunden am Tag den gleichen Griff
wie Neger auf einem Sklavenschiff,
verkauft und in Ketten geschlagen.
Den Hebel herum!
Die Knute geht um.

Herr Hitler sagt, der Revolution
war voller Erfolg beschieden —
Erschlagen so mancher Arbeitersohn,
verteuert das Schmalz, verschlechtert der Lohn,
Herr Hitler ist mit sich zufrieden.
Den Hebel herum!
Der Henker geht um.

Herr Hitler sitzt mit Herrn Thyssen beim Mahl,
wir schuften in Elend und Schande,
unser Werktag ist lang, unser Leben ist Qual,
unsrer Kinder Wangen sind schlaff und fahl,
Herr Thyssen ist König im Lande.
Den Hebel herum!
Der Hunger geht um.

Sei klug, Kamerad, sprich leis, Kamerad,
Herr Thyssen hat lange Ohren,
es wuchs empor aus brauner Saat
ein brauner Staat, ein Gaunerstaat,
wer die Wahrheit sagt, ist verloren.
Den Hebel herum!
Der Spitzel geht um.

Das Radwerk knirscht, der Riemen schreit,
gepeitscht von der Kraft unserer Hände,
Stähl' die Faust, Kamerad, bald ist es so weit,
Sei bereit, Kamerad, bald kommt unsre Zeit,
bald feiern wir Weltenwende.
Den Hebel herum!
der Zorn geht um,
den Hebel herum,
macht ein Ende!

Munin.

Abkehr vom Recht

Von Justinian.

In Deutschland vollzieht sich zur Zeit ein Prozeß, den man als eine völlige Abkehr vom Recht bezeichnen muß. Wir meinen damit nicht die Gewalttaten und Willkürakte, deren Urheber in keiner Beziehung zur Rechtspflege stehen. Nein, die Rechtspflege selber schlägt Wege ein, mit denen sie die Grundlagen jedes Rechtes, das diesen Namen verdient, preisgibt.

Eine Berliner Zeitung zeigte jüngst im Bilde, wie auf dem Jüteboger Truppenübungsplatz die zum „Gemeinschaftsleben" konzentrierten Kandidaten der großen juristischen Staatsprüfung sich die Zeit vertreiben. Die immerhin in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre stehenden Referendare haben einen Galgen errichtet und — einen Paragraphen daran gehängt.

Ein Scherz? Vielleicht. Sicher aber ein Scherz mit tieferer Bedeutung. Der schmählich aufgehängte Paragraph symbolisiert das, was die Wortführer der nationalsozialistischen Justizpolitik, die Dr. Freisler und Dr. Frank landauf, landab in Juristenversammlungen predigen: der Richter des Dritten Reichs solle nicht mehr an das Gesetz gebunden sein. Wir zitieren aus Berichten der gleichgeschalteten deutschen Presse:

Freisler (vor der juristischen Fachschaft der Universität Berlin): „Wir wenden uns gegen eine sogenannte objektive Rechtsprechung, weil sie sich in der Findung der Urteilssprüche vom Leben des Volkes entfernt und seine Lebensrichtung verkennt."

Frank II (vor der juristischen Fachschaft der Universität Köln): „Nicht Kommentare sind entscheidend, sondern das elementare Rechtsgefühl."

Frank II (vor dem Bund nationalsozialistischer Juristen): „Das Recht ist nicht mehr Angelegenheit der täglichen Sachlichkeit, sondern eine Sache des Glaubens und des völkischen Schicksals. Es gibt von jetzt ab eine neue Gerechtigkeit. Gerecht ist die Aufrechterhaltung der deutschen Interessen gegenüber allen Schädlingen des deutschen Volkes."

Dr. Frank II ist Reichsjustizkommissar und Staatsminister, Dr. Freisler Staatssekretär im preußischen Justizministerium. Ihre Reden bezeichnen also den offiziellen Kurs der deutschen Rechtspflege. Nun klingt allerdings aus diesen Reden oft der Ton, als richte sich der Kampf in erster Linie gegen das „dem deutschen Volk aufgezwungene römische Recht" (Frank in der Berliner Rede). Aber das ist eine rein agitatorische Finte. Frank wie Freisler beziehen sich in den zitierten Reden fast ausschließlich auf die geplante Reform des Strafrechts. Das deutsche Strafgesetzbuch aber enthält - im Gegensatz zum Zivilrecht, zum Bürgerlichen Gesetzbuch — überhaupt keine römischen Bestandteile. Es ist bisher von nationalsozialistischer Seite auch keinerlei Versuch gemacht worden, die auf das Corpus juris Justinians zurückzuführenden Vorschriften unseres Schuld- und Sachenrechtes aus dem B. G.-B. auszumerzen.

Nein, die Herren reden wohl vom römischen Recht, aber sie meinen ganz etwas anderes: sie meinen die von den römischen Juristen zuerst mit großem Scharfsinn geübte Auslegung der Gesetze mittels der Logik und des Verstandes. Von Verstand und Logik will der auf unklarem Gefühlsschwulst basierte Nationalsozialismus nichts wissen, daher die Wut über Paragraphen, Kommentare und angebliche „Buchstabenjuristerei."

Nun war aber vor der nationalsozialistischen Konterrevolution gerade der beste Teil der deutschen Juristen — und zwar unter dem Einfluß der demokratisch-republikanischen Rechtsauffassung — über die starre Buchstabenauslegung der Gesetze längst hinaus. Für einen Richter der Geistesrichtung, wie sie etwa die „Justiz", das Organ des Republikanischen Richterbundes vertrat, aber auch für viele weiter rechts orientierte Juristen war es eine platte Selbstverständlichkeit, daß Gesetze nach dem Geist und den Erfordernissen der Gegenwart auszulegen seien. Von einer scholastischen Paragraphenakrobatie früherer Zeiten war man längst zu einer soziologischen Gesetzesauslegung gelangt. Freilich, diese Gesetzesauslegung kannte eine Schranke: den eindeutigen Sinn eines Gesetzes. Der Richter war frei innerhalb des Gesetzes, auch neben dem Gesetz, wo dieses Lücken ließ, — aber gegen das Gesetz durfte er nicht entscheiden.

Das aber wollen die Freisler und Frank. Sie wollen die Willkür des Richters gegenüber dem Gesetz stabilisieren. Nicht objektiv, nicht sachlich, nicht mit dem Verstande soll der Richter urteilen, sondern er soll „als Interpret des Volkswillens" (Frank II) das Urteilen als eine „Sache des Glaubens", also des Sentiments betrachten.

Jede Rechtswissenschaft ist ja alsdann überflüssig, weswegen Dr. Freisler auch lebhaft gegen allzu große Kenntnisse der Referendare wettert: „Es ist nicht erforderlich, eine Summe Einzelwissen anzuhäufen ... In der Prüfung soll man vom Studenten nicht Einzelwissen verlangen, sondern Verständnis für das Schicksal des Volkes."

Zu deutsch: stramme nationalsozialistische Gesinnung ersetzt positive Kenntnisse. Weshalb ja auch jetzt die Referendare die Vorarbeit zur großen Staatsprüfung auf dem Truppenübungsplatz zu leisten haben. Als Richter werden sie ja nicht nach den Gesetzen entscheiden, sondern — nach Frank II — aus dem „elementaren Rechtsgefühl", wozu man allerdings keinerlei Rechtsstudium braucht.

Welches Gesetz soll aber der Richter erfüllen? Man antwortet ihm „Das Lebensgesetz des deutschen Volkes". Wieder ein Schwulst, unter dem sich theoretisch jeder etwas anderes vorstellen könnte. Praktisch ist aber nichts anderes gemeint als das, was die Politik der herrschenden nationalsozialistischen Partei als angebliche Lebensnotwendigkeit für Deutschland vorschreibt. Bezeichnet es die Leitung der NSDAP. z. B. als Lebensnotwendigkeit für Deutschland, Marxisten und Juden kurzerhand totzuschlagen, so hat der Richter, auch wenn es einen Mordparagraphen im Strafgesetzbuch gibt, die Mörder freizusprechen. O bitte, das ist keine von uns ersonnene Uebertreibung, um einen gegnerischen Gedanken ad absurdum zu führen. Nein, dieser Gedanke ist von dem Landgerichtspräsidenten Dietrich-Hechingen in der „Deutschen Juristenzeitung" gegenüber den „ängstlichen Gemütern" unter seinen Kollegen, die in solchem Falle das Gesetz anwenden wollen, in allen Oeffentlichkeit verfochten worden.

Mit diesem „Lebensrecht" des deutschen Volkes verbindet sich dann auch ein entsprechendes „staatliches Notwehrrecht", das — siehe die Fälle Scheidemann, Worch usw. — die Blutrache an den Verwandten eines wirklichen oder angeblichen Täters zuläßt. Mit dem „staatlichen Notwehrrecht" will man es begründen, daß man politische Gegner ohne Urteil in Haft nimmt, und wenn sie ins Ausland entkommen, ihnen ihr Hab und Gut raubt. Das gleiche „Notwehrrecht" läßt es angeblich zu, auf die Verbreitung von Flugblättern die — Todesstrafe zu setzen.

Hier ist das wirkliche Ziel, das die Freisler und Frank anstreben: los von den Grundlagen aller zivilisierten Gesetzgebung. Zu diesem Zweck dem Richter vollendete Freiheit — zur Grausamkeit und Willkür. Frank II spricht von künftigen „Richterkönigen", die das Dritte Reich schaffen wolle, ein Wort, das er nach echter Nazi-Manier aus dem Vokabularium edler und idealistischer Rechtsreformer gestohlen hat. Die Freirechtsschule, an ihrer Spitze die jüdischen Rechtsgelehrten Fuchs und Kantorowicz, sie erstrebte einst unabhängige Richterkönige, die in Weisheit, Milde und Gerechtigkeit ihres hohen Amtes walten sollten!

Was aber die Freisler und Frank II aus den Richtern machen wollen, sind Raubtierkönige, oder, genauer gesagt, die Profose einer glatten Partei- und Willkürjustiz, die ohne gesetzliche Hemmungen, jede Grausamkeit mit dem angeblichen Lebensrecht des deutschen Volkes entschuldigend, unablässig das Schwert auf die Köpfe der Opposition niedersausen lassen. Der Sadismus einiger psychopathischer Intellektueller soll auf die gesamte Justiz übertragen und von jeder eindämmenden Schranke befreit werden. Mit der Bindung des Richters an das Recht sollen die letzten Garantien der Rechtssicherheit, die letzten Reste eines Rechtsstaates beseitigt werden.

Das ist der gegenwärtige Kurs der Rechtspolitik in Deutschland — und die deutschen Richter schweigen und kuschen, wofern sie nicht begeistert zustimmen. Wir erinnern einst daran!

Die Pleite kommt näher

Dauernder Rückgang der Steuern

Nach den offiziellen Reden der neuen Machthaber geht es in Deutschland von Tag zu Tag besser. Die bisher noch nicht gefälschten amtlichen Statistiken aber zeigen das Gegenteil. Die Einnahmen des Reiches im ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1933 sind mit 1617.8 Millionen Reichsmark um 71.2 Millionen Reichsmark niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von dieser Mindereinnahme entfallen 58.4 Millionen auf die Besitz- und Verkehrssteuern und nur 12.8 Millionen auf die Zölle und Verbrauchssteuern. Die Kapitalisten setzen also ihre Steuersabotage in erhöhtem Umfang fort. Da der Voranschlag für 1933 mit Mehreinnahmen von vierteljährlich 50 Millionen Mark rechnet, so ist der Fehlbetrag in Wirklichkeit mehr als 120 Millionen Reichsmark.

Geringere Einnahmen — höhere Ausgaben: der Weg zur Bankrottwirtschaft ist offen.

Sterbende Zeitungen

Das im Ullstein-Verlag erscheinende „Tempo" hat sein Erscheinen eingestellt. Auch das „Acht-Uhr-Abendblatt" Mosses liegt im Sterben. Nach uns gewordenen zuverlässigen Informationen beträgt seine Auflage kaum noch 6000. Das „Berliner Tageblatt" ist auf eine Auflage von 28.000 herabgeglitten.

Dank vom Hause Hitler!

Die deutschen Zeitungen melden kurz und schlicht:

„Tarifkündigungen in Oberschlesien. Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Schwerindustrie hat das Gehaltstarifabkommen für die in der oberschlesischen Industrie beschäftigten Beamten und Angestellten gekündigt. Ab 1. Oktober dieses Jahres soll ein neuer Gehaltstarif verpflichtet werden. Durch diesen wird ein Gehaltsabbau durchgeführt."

„Wird durchgeführt". — Von Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann natürlich keine Rede sein, denn der Klassenkampf ist ja im dritten Reich bekanntlich beendet, die Unternehmer haben gesiegt.

Gerade die Angestellten und Beamten der Privatindustrie zählten in der Mehrzahl seit Jahren zu Hitlers getreuesten Paladinen. Jetzt empfangen sie den Lohn: Gehaltsabbau, brutale Unterdrückung. Die Versprechungen vor dem 5. März klangen ganz anders, aber die Enttäuschten mögen sich trösten — sie sind nicht die Einzigen, die Hitler, dieses Muster deutscher Aufrichtigkeit und Treue, genasführt hat. Nur die Herren vom „raffenden Kapital" sind mit ihm zufrieden.

Tagt es?

Heinz Riecke, Schulungsleiter im nationalsozialistischen deutschen Studentenbund, Hamburg, schreibt in einem Aufsatz über „Rasse und Kunst", der die Stimmung eines Arbeitskreises Hamburger Studenten wiedergeben will, folgendes:

„Wenn wir in das Leben der Kunst den Begriff der Rasse einschalten, hemmen wir mehr als wir fördern. So große Bedeutung die Rasse in der Welt der Begriffe, der Philosophie, hat, so sollen wir uns der Grenze in der Kunst bewußt sein. Er ist in einer Zeit der schärfsten Kritik entstanden: er hat Bedeutung für die Kritik, aber nicht für die schaffende Kunst."

So zu lesen in einer gleichgeschalteten Literaturzeitschrift. Wenn solche Stimmen im Lager der Jugend sich mehren, werden verschiedene Rasseprofessoren — und hoffentlich noch einige andere Leute ihren Laden sehr bald schließen müssen.

Monarchenbilder her!

Durch einen Erlaß hat der preußische Innenminister die aus den Jahren 1919 und 1920 stammenden Beschlüsse und Erlässe über die Entfernung der Kaiserbilder und monarchistischen Hoheitsabzeichen aus den staatlichen Gebäuden aufgehoben. „Solche etwa noch vorhandenen Bilder usw." — heißt es in dem Erlaß — „können wieder angebracht werden, soweit Kosten dadurch nicht entstehen."

Marxistenbilder fort!

Der Polizeipräsident von Essen weist in einer Anordnung darauf hin, daß man noch immer in den Wohnungen ehemaliger Mitglieder der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei marxistische Bilder finde. Es könne nicht geduldet werden, daß der Geist der Jugend durch den dauernden Anblick solcher Andenken aus der Zeit des Systems vergiftet werde. Die zwangsläufige Folge eines derartigen Verhaltens könne unter Umständen die Verhängung von Schutzhaft sein.

Brutanstalt für Idioten

Bleib sitzen, aber in Uniform.

Im Dresdner Naziblatt berichtet der nationalsozialistische Lehrer Arthur Löffler über den erzieherischen Wert der Hitler-Uniform:

„Alle meine Neunjährigen beneiden den Heinz und den Hans, weil diese, bereits zehnjährig, Jugenduniform tragen dürfen, Heinz die des Hitlerjungvolkes, Hans die des Scharnhorstbunds. Beide sind Sitzenbleiber, demnach ein Jahr älter als die anderen. Das gilt sonst wohl als ein Fleckchen an der Schülerehre, doch die Uniform gleicht das aus, sie verschafft sogar höhere Geltung unter den Klassengenossen."

Im wilhelminischen Deutschland hob die Uniform erst im späteren Leben über mancherlei Intelligenzunterschiede hinweg — im III. Reich siegt die Hitlerkluft schon in der Schule über den Geist. Wer im zehnten Jahre sitzen bleibt, hat sogar den Vorzug, in seiner Klasse allein Uniform tragen zu dürfen, zu der die Gescheiten emporgucken müssen. Und hakenkreuzlerische Jugenderzieher lehren: „Dumm und faul darfst du bleiben, mein Knabe, wenn du nur ein Braunhemd trägst." Welches Land macht dem Dritten Reich solche Lehrer, solche Schüler nach?

Diktatur der Fleischermeister.

Was muß das wohl für ein wunderlicher „Sozialismus" sein, für den sich auch die konservativen Mittelständler mit so viel kleinbürgerlichem Temperament begeistern?!

In Breslau hat die sogenannte „Deutsche Arbeitsfront", eine Zwangsinnung geschundener Sklaven — auf Nichtbeitritt steht braune „Konzentration" — ein theatralisches Meeting abgehalten, auf dem der allgemein unbeliebte Trunkenbold Ley einer seiner unfreiwillig humoristischen Ansprachen hielt.

Die Fleisch- und Wurstmacher-Innung hielt sich, volksgemeinschaftlich ergriffen, für verpflichtet, die Arbeitsfrontler stürmisch zu ehren und ordnete die Schließung der Wurst- und Fleischerläden ab 2 Uhr nachmittags an.

Wenn die finstersten und engherzigsten wirtschaftlichen Reaktionäre so munter „Vivat" brüllen, werden sich die schmählich zum „Arbeitsfront"-Zwangsdienst gepreßten Arbeiter über den sozialen „Gehalt" des Barbarenregimes sehr bald im klaren sein!

Die Straße zum Abgrund.

6 Festansprachen und 50 Ehrenjungfrauen.

Wo keine Erfolge zu verzeichnen sind, ist man gezwungen, à la Potemkin zu arbeiten und zu erfinden.

So machen es die Nazis, aber sie machen es mit wenig Geschick.

Dieser Tage haben sie in einer schlesischen Kleinstadt eine neuerbaute Straße als „erste Straße des neuen Reiches" eingeweiht.

Dieser zufällige Neubau einer Straße hatte 6 Festansprachen, eine Stadtillumination, die obligate Parade, 50 Ehrenjungfrauen und einen Massenaufmarsch hoher und höchster Nazibonzen zur Folge.

Man bewarf sich gegenseitig mit Komplimenten und nahm die kümmerliche Straße zum Anlaß, um vor sich selber in Ehrfurcht stramm zu stehen.

Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.